

Bundesgesetzblatt ⁸⁵⁷

Teil II

G 1998

2000

Ausgegeben zu Bonn am 26. Juli 2000

Nr. 23

Tag	Inhalt	Seite
20. 7. 2000	Gesetz zu dem Vertrag vom 5. November 1998 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Antigua und Barbuda über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen GESTA: XE011	858
20. 7. 2000	Gesetz zu dem Vertrag vom 25. August 1998 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Mexikanischen Staaten über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen GESTA: XE012	866
13. 6. 2000	Bekanntmachung des deutsch-mauretanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit . . .	878
19. 6. 2000	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens über Maßnahmen auf Hoher See bei Ölverschmutzungs-Unfällen	880
19. 6. 2000	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens von 1990 über Vorsorge, Bekämpfung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Ölverschmutzung	880
19. 6. 2000	Bekanntmachung der deutsch-ugandischen Vereinbarung über die Entsendung eines deutschen Fußballsachverständigen	881
19. 6. 2000	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens von 1972 über die Internationalen Regeln zur Verhütung von Zusammenstößen auf See	883
19. 6. 2000	Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „Science Applications International Corporation (SAIC)“ (Nr. DOCPER 06)	883
21. 6. 2000	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens vom 10. Februar 1998 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Portugiesischen Republik über die Erstattung von Aufwendungen für Sachleistungen der Krankenversicherung sowie über das gleichzeitige Inkrafttreten der Verordnung vom 22. Dezember 1999 zu diesem Abkommen	885
21. 6. 2000	Bekanntmachung des deutsch-kamerunischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	886
30. 5. 2000	Berichtigung der Neufassung der Anlagen A und B des Europäischen Übereinkommens über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR)	888

Gesetz
zu dem Vertrag vom 5. November 1998
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und Antigua und Barbuda
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Vom 20. Juli 2000

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in London am 5. November 1998 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Antigua und Barbuda über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 14 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 20. Juli 2000

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Der Bundesminister
für Wirtschaft und Technologie
Müller

Der Bundesminister des Auswärtigen
J. Fischer

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und Antigua und Barbuda
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Treaty
between the Federal Republic of Germany
and Antigua and Barbuda
concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments

Die Bundesrepublik Deutschland
und
Antigua und Barbuda –

The Federal Republic of Germany
and
Antigua and Barbuda –

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

desiring to intensify economic co-operation between both States,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Investoren des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

intending to create favourable conditions for investments by investors of either State in the territory of the other State,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

recognizing that the encouragement and contractual protection of such investments are apt to stimulate private business initiative and to increase the prosperity of both nations –

haben folgendes vereinbart:

have agreed as follows:

Artikel 1

Article 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

For the purposes of this Treaty

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, insbesondere

1. the term "investments" comprises every kind of asset, in particular:

- a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
- b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
- c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
- d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
- e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;

- (a) movable and immovable property as well as any other rights in rem, such as mortgages, liens and pledges;
- (b) shares of companies and other kinds of interest in companies;
- (c) claims to money which has been used to create an economic value or claims to any performance having an economic value;
- (d) intellectual property rights, in particular copyrights, patents, utility-model patents, industrial designs, trademarks, trade-names, trade and business secrets, technical processes, know-how, and good will;
- (e) business concessions under public law, including concessions to search for, extract and exploit natural resources;

eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;

any alteration of the form in which assets are invested shall not affect their classification as investment;

2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;

2. the term "returns" means the amounts yielded by an investment for a definite period, such as profit, dividends, interest, royalties or fees;

3. bezeichnet der Begriff „Investor“

3. the term "investor" means

- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
 - i) Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
 - ii) jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung

- (a) in respect of the Federal Republic of Germany:
 - (i) Germans within the meaning of the Basic Law of the Federal Republic of Germany,
 - (ii) any juridical person as well as any commercial or other company or association with or without legal

mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht,

- b) in bezug auf Antigua und Barbuda:
- i) jede natürliche Person, die nach der Verfassung Antiguas und Barbudas von 1981 oder jeder Änderung derselben Staatsangehörige Antiguas und Barbudas ist,
 - ii) jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Personenvereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihr Hauptunternehmen in Antigua und Barbuda gegründet hat und deren Unternehmen direkt oder indirekt von Staatsangehörigen Antiguas und Barbudas kontrolliert wird, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

Artikel 2

(1) Jeder Vertragsstaat wird in seinem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Investoren des anderen Vertragsstaats nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit seinen Rechtsvorschriften zulassen.

(2) Jeder Vertragsstaat wird in seinem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Investoren des anderen Vertragsstaats in jedem Fall gerecht und billig behandeln und ihnen den vollen Schutz des Vertrags gewähren.

(3) Ein Vertragsstaat wird die Verwaltung, die Erhaltung, den Gebrauch, die Nutzung oder die Verfügung über die Kapitalanlagen von Investoren des anderen Vertragsstaats in seinem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

Artikel 3

(1) Jeder Vertragsstaat behandelt Kapitalanlagen in seinem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Investoren des anderen Vertragsstaats stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Investoren oder Investoren dritter Staaten.

(2) Jeder Vertragsstaat behandelt Investoren des anderen Vertragsstaats hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in seinem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als seine eigenen Investoren oder Investoren dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die ein Vertragsstaat den Investoren dritter Staaten wegen seiner Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen seiner Assoziation damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die ein Vertragsstaat den Investoren dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Investoren eines Vertragsstaats genießen im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Investoren eines Vertragsstaats dürfen im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder direkt oder indirekt anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zins-

personality having its seat in the territory of the Federal Republic of Germany, irrespective of whether or not its activities are directed at profit;

- (b) in respect of Antigua and Barbuda:

- (i) any natural or physical person who derives status as a citizen of Antigua and Barbuda from the constitution of Antigua and Barbuda 1981 or any amendment thereof,
- (ii) any juridical person as well as any commercial or other company or association of persons with or without legal personality having established its main operation in Antigua and Barbuda and which operation is controlled directly or indirectly by citizens of Antigua and Barbuda whether or not its activities are directed at profit.

Article 2

(1) Each Contracting State shall in its territory promote as far as possible investments by investors of the other Contracting State and admit such investments in accordance with its legislation.

(2) Each Contracting State shall in its territory in any case accord investments by investors of the other Contracting State fair and equitable treatment as well as full protection under the Treaty.

(3) Neither Contracting State shall in any way impair by arbitrary or discriminatory measures the management, maintenance, use, enjoyment or disposal of investments in its territory of investors of the other Contracting State.

Article 3

(1) Neither Contracting State shall subject investments in its territory owned or controlled by investors of the other Contracting State to treatment less favourable than it accords to investments of its own investors or to investments of investors of any third State.

(2) Neither Contracting State shall subject investors of the other Contracting State, as regards their activity in connection with investments in its territory, to treatment less favourable than it accords to its own investors or to investors of any third State.

(3) Such treatment shall not relate to privileges which either Contracting State accords to investors of third States on account of its membership of, or association with, a customs or economic union, a common market or a free trade area.

(4) The treatment granted under this Article shall not relate to advantages which either Contracting State accords to investors of third States by virtue of a double taxation agreement or other agreements regarding matters of taxation.

Article 4

(1) Investments by investors of either Contracting State shall enjoy full protection and security in the territory of the other Contracting State.

(2) Investments by investors of either Contracting State shall not be expropriated, nationalized or subjected directly or indirectly to any other measure the effects of which would be tantamount to expropriation or nationalization in the territory of the other Contracting State except for the public benefit and against compensation. Such compensation shall be equivalent to the value of the expropriated investment immediately before the date on which the actual or threatened expropriation, nationalization or comparable measure has become publicly known. The compensation shall be paid without delay and shall carry the usual bank interest until the time of payment; it shall be effectively real-

satz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Investoren eines Vertragsstaats, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von diesem Vertragsstaat hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als seine eigenen Investoren. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Investoren eines Vertragsstaats im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats Meistbegünstigung.

Artikel 5

Jeder Vertragsstaat gewährleistet den Investoren des anderen Vertragsstaats den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses aus der vollständigen oder teilweisen Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

Artikel 6

Leistet ein Vertragsstaat seinen Investoren Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats, so erkennt dieser andere Vertragsstaat, unbeschadet der Rechte des erstgenannten Vertragsstaats aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Investoren kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf den erstgenannten Vertragsstaat an. Ferner erkennt der andere Vertragsstaat den Eintritt des erstgenannten Vertragsstaats in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche der erstgenannte Vertragsstaat in demselben Umfang wie sein Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absätze 2 oder 3, Artikel 5 oder Artikel 6 erfolgen unverzüglich zu dem am Tag des Transfers geltenden Marktkurs.

(2) Gibt es keinen Devisenmarkt, so gilt der Kreuzkurs (cross rate), der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsstaaten bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Investoren des anderen Vertragsstaats eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

izable and freely transferable. Provision shall have been made in an appropriate manner at or prior to the time of expropriation, nationalization or comparable measure for the determination and payment of such compensation. The legality of any such expropriation, nationalization or comparable measure and the amount of compensation shall be subject to review by due process of law.

(3) Investors of either Contracting State whose investments suffer losses in the territory of the other Contracting State owing to war or other armed conflict, revolution, a state of national emergency, or revolt, shall be accorded treatment no less favourable by such other Contracting State than that which the latter Contracting State accords to its own investors as regards restitution, indemnification, compensation or other valuable consideration. Such payments shall be freely transferable.

(4) Investors of either Contracting State shall enjoy most-favoured-nation treatment in the territory of the other Contracting State in respect of the matters provided for in this Article.

Article 5

Each Contracting State shall guarantee to investors of the other Contracting State the free transfer of payments in connection with an investment, in particular

- (a) the principal and additional amounts to maintain or increase the investment;
- (b) the returns;
- (c) the repayment of loans;
- (d) the proceeds from the liquidation or the sale of the whole or any part of the investment;
- (e) the compensation provided for in Article 4.

Article 6

If either Contracting State makes a payment to any of its investors under a guarantee it has assumed in respect of an investment in the territory of the other Contracting State, the latter Contracting State shall, without prejudice to the rights of the former Contracting State under Article 10, recognize the assignment, whether under a law or pursuant to a legal transaction, of any right or claim of such investor to the former Contracting State. The latter Contracting State shall also recognize the subrogation of the former Contracting State to any such right or claim (assigned claims) which that Contracting State shall be entitled to assert to the same extent as its predecessor in title. As regards the transfer of payments made by virtue of such assigned claims, Article 4 (2) and (3) as well as Article 5 shall apply mutatis mutandis.

Article 7

(1) Transfers under Article 4 (2) or (3), under Article 5 or Article 6 shall be made without delay at the market rate of exchange applicable on the day of the transfer.

(2) Should there be no foreign exchange market the cross rate obtained from those rates which would be applied by the International Monetary Fund on the date of payment for conversions of the currencies concerned into Special Drawing Rights shall apply.

Article 8

(1) If the legislation of either Contracting State or obligations under international law existing at present or established hereafter between the Contracting States in addition to this Treaty contain a regulation, whether general or specific, entitling investments by investors of the other Contracting State to a treatment more favourable than is provided for by this Treaty, such regulation shall to the extent that it is more favourable prevail over this Treaty.

(2) Jeder Vertragsstaat wird jede andere Verpflichtung einhalten, die er in bezug auf Kapitalanlagen von Investoren des anderen Vertragsstaats in seinem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Investoren des einen Vertragsstaats in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats in dessen Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsstaaten beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen eines der beiden Vertragsstaaten einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jeder Vertragsstaat ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsstaaten zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem der eine Vertragsstaat dem anderen mitgeteilt hat, daß er die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jeder Vertragsstaat den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten seines Mitglieds sowie seiner Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 11

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einem der Vertragsstaaten und einem Investor des anderen Vertragsstaats sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Investors des anderen Vertragsstaats einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, sind die Bestimmungen des Artikels 10 Absätze 3 bis 5 sinngemäß mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Bestellung der Mitglieder des Schiedsgerichts nach Artikel 10 Absatz 3 durch die Streitparteien erfolgt und daß, soweit die in Artikel 10 Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten werden, jede Streitpartei mangels anderer Vereinbarungen den Präsidenten des Schiedsgerichtshofs der Internationalen Handelskammer in Paris bitten kann, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Der Schiedsspruch wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(2) Each Contracting State shall observe any other obligation it has assumed with regard to investments in its territory by investors of the other Contracting State.

Article 9

This Treaty shall also apply to investments made prior to its entry into force by investors of either Contracting State in the territory of the other Contracting State consistent with the latter's legislation.

Article 10

(1) Divergencies between the Contracting States concerning the interpretation or application of this Treaty should as far as possible be settled by the governments of the two Contracting States.

(2) If a divergency cannot thus be settled, it shall upon the request of either Contracting State be submitted to an arbitration tribunal.

(3) Such arbitration tribunal shall be constituted ad hoc as follows: each Contracting State shall appoint one member, and these two members shall agree upon a national of a third State as their chairman to be appointed by the governments of the two Contracting States. Such members shall be appointed within two months, and such chairman within three months from the date on which either Contracting State has informed the other Contracting State that it intends to submit the dispute to an arbitration tribunal.

(4) If the periods specified in paragraph 3 above have not been observed, either Contracting State may, in the absence of any other arrangement, invite the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President is a national of either Contracting State or if he is otherwise prevented from discharging the said function, the Vice-President should make the necessary appointments. If the Vice-President is a national of either Contracting State or if he, too, is prevented from discharging the said function, the member of the Court next in seniority who is not a national of either Contracting State should make the necessary appointments.

(5) The arbitration tribunal shall reach its decisions by a majority of votes. Such decisions shall be binding. Each Contracting State shall bear the cost of its own member and of its representatives in the arbitration proceedings; the cost of the chairman and the remaining costs shall be borne in equal parts by the Contracting States. The arbitration tribunal may make a different regulation concerning costs. In all other respects, the arbitration tribunal shall determine its own procedure.

Article 11

(1) Divergencies concerning investments between a Contracting State and an investor of the other Contracting State shall as far as possible be settled amicably between the parties in dispute.

(2) If the divergency cannot be settled within six months of the date when it has been raised by one of the parties in dispute, it shall, at the request of the investor of the other Contracting State, be submitted for arbitration. Unless the parties in dispute have agreed otherwise, the provisions of Article 10 (3) to (5) shall be applied mutatis mutandis on condition that the appointment of the members of the arbitration tribunal in accordance with Article 10 (3) is effected by the parties in dispute and that, insofar as the periods specified in Article 10 (3) are not observed, either party in dispute may, in the absence of other arrangements, invite the President of the Court of International Arbitration of the International Chamber of Commerce in Paris to make the required appointments. The award shall be enforced in accordance with domestic law.

(3) Der an der Streitigkeit beteiligte Vertragsstaat wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Investor des anderen Vertragsstaats eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

(4) Für den Fall, daß beide Vertragsstaaten auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten geworden sind, werden Meinungsverschiedenheiten nach diesem Artikel zwischen den Streitparteien einem Schiedsverfahren im Rahmen des genannten Übereinkommens unterworfen, es sei denn, die Streitparteien treffen eine abweichende Vereinbarung; jeder Vertragsstaat erklärt hiermit sein Einverständnis mit einem solchen Verfahren.

Artikel 12

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsstaaten diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 13

Das beiliegende Protokoll ist Bestandteil dieses Vertrags.

Artikel 14

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht einer der beiden Vertragsstaaten den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die vorstehenden Artikel noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu London am 5. November 1998 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(3) During arbitration proceedings or the enforcement of an award, the Contracting State involved in the dispute shall not raise the objection that the investor of the other Contracting State has received compensation under an insurance contract in respect of all or part of the damage.

(4) In the event of both Contracting States having become Contracting States of the Convention of 18 March 1965 on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States, divergencies under this Article between the parties in dispute shall be submitted for arbitration under the aforementioned Convention, unless the parties in dispute agree otherwise; each Contracting State herewith declares its acceptance of such a procedure.

Article 12

This Treaty shall be in force irrespective of whether or not diplomatic or consular relations exist between the Contracting States.

Article 13

The attached Protocol shall form an integral part of this Treaty.

Article 14

(1) This Treaty shall be subject to ratification; the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible.

(2) This Treaty shall enter into force one month after the date of exchange of the instruments of ratification. It shall remain in force for a period of ten years and shall be extended thereafter for an unlimited period unless denounced in writing by either Contracting State twelve months before its expiration. After the expiry of the period of ten years this Treaty may be denounced at any time by either Contracting State giving twelve months' notice.

(3) In respect of investments made prior to the date of termination of this Treaty, the provisions of the preceding Articles shall continue to be effective for a further period of twenty years from the date of termination of this Treaty.

Done at London on 5 November 1998 in duplicate in the German and English languages, both texts being equally authentic.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany
G. von Moltke

Für Antigua und Barbuda
For Antigua and Barbuda
Ronald Sanders

**Protokoll
zum Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und Antigua und Barbuda
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

**Protocol
to the Treaty
between the Federal Republic of Germany
and Antigua and Barbuda
concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments**

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Antigua und Barbuda über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteil des Vertrags gelten:

1. Zu Artikel 1

Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.

2. Zu Artikel 2

Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels, soweit das Völkerrecht dem jeweiligen Vertragsstaat die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

3. Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Erhaltung, der Gebrauch, die Nutzung und die Verfügung über eine Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die unterschiedliche Behandlung im Falle von Einschränkungen des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die unterschiedliche Behandlung im Falle von Behinderungen des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Artikel 3 verpflichtet einen Vertragsstaat nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, die nach den Steuergesetzen nur den in seinem Hoheitsgebiet ansässigen Investoren gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats ansässige Investoren auszudehnen.
- c) Die Vertragsstaaten werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen des einen Vertragsstaats, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer des einen Vertragsstaats, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

4. Zu Artikel 7

- a) Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die

On signing the Treaty between the Federal Republic of Germany and Antigua and Barbuda concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments, the plenipotentiaries, being duly authorized, have, in addition, agreed on the following provisions, which shall be regarded as an integral part of the said Treaty:

1. Ad Article 1

Returns from the investment and, in the event of their re-investment, the returns therefrom shall enjoy the same protection as the investment.

2. Ad Article 2

The Treaty shall also apply to the areas of the exclusive economic zone and the continental shelf insofar as international law permits the Contracting State concerned to exercise sovereign rights or jurisdiction in these areas.

3. Ad Article 3

- (a) The following shall more particularly, though not exclusively, be deemed “activity” within the meaning of Article 3 (2): the management, maintenance, use, enjoyment and disposal of an investment. The following shall, in particular, be deemed “treatment less favourable” within the meaning of Article 3: unequal treatment in the case of restrictions on the purchase of raw or auxiliary materials, of energy or fuel or of means of production or operation of any kind, unequal treatment in the case of impeding the marketing of products inside or outside the country, as well as any other measures having similar effects. Measures that have to be taken for reasons of public security and order, public health or morality shall not be deemed “treatment less favourable” within the meaning of Article 3.
- (b) The provisions of Article 3 do not oblige a Contracting State to extend to investors resident in the territory of the other Contracting State tax privileges, tax exemptions and tax reductions which according to its tax laws are granted only to investors resident in its territory.
- (c) The Contracting States shall within the framework of their national legislation give sympathetic consideration to applications for the entry and sojourn of persons of either Contracting State who wish to enter the territory of the other Contracting State in connection with an investment; the same shall apply to employed persons of either Contracting State who in connection with an investment wish to enter the territory of the other Contracting State and sojourn there to take up employment. Applications for work permits shall also be given sympathetic consideration.

4. Ad Article 7

- (a) A transfer shall be deemed to have been made “without delay” within the meaning of Article 7 (1) if effected within

normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

- b) Im Falle ernster Zahlungsbilanzschwierigkeiten ist Antigua und Barbuda berechtigt, den Transfer von Erlösen aus der Veräußerung oder Liquidation einer Kapitalanlage nach Artikel 5 Buchstabe d bis zu einer Frist von höchstens sechs Monaten ab dem Zeitpunkt des Antrags auf Transfer zu beschränken. Diese Beträge sind mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen.

5. Bei Beförderungen von Personen oder genehmigten Gütern, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird ein Vertragsstaat die Fracht- und Transportunternehmen des anderen Vertragsstaats weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen.

such period as is normally required for the completion of transfer formalities. The said period shall commence on the day on which the relevant request has been submitted and may on no account exceed two months.

- (b) In the case of serious balance of payments difficulties Antigua and Barbuda is entitled to restrict the transfer of the proceeds from a sale or liquidation of an investment in accordance with Article 5 (d) up to a maximum time period of six months from the date of application for transfer. These amounts shall carry the usual bank interest.

5. Whenever persons or approved goods connected with an investment are to be transported, each Contracting State shall neither exclude nor hinder shipping and transportation companies of the other Contracting State and shall issue permits as required to carry out such transport.

Gesetz
zu dem Vertrag vom 25. August 1998
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und den Vereinigten Mexikanischen Staaten
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Vom 20. Juli 2000

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Mexiko-Stadt am 25. August 1998 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Mexikanischen Staaten über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 22 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 20. Juli 2000

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Der Bundesminister
für Wirtschaft und Technologie
Müller

Der Bundesminister des Auswärtigen
J. Fischer

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und den Vereinigten Mexikanischen Staaten
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Acuerdo
entre la República Federal de Alemania
y los Estados Unidos Mexicanos
sobre Promoción y Protección Recíproca de las Inversiones

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Vereinigten Mexikanischen Staaten –

La República Federal de Alemania
y
los Estados Unidos Mexicanos,

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Vertragsstaaten zu vertiefen,

Animados por el deseo de intensificar la colaboración económica entre ambos Estados Contratantes,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Vertragsstaats im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats zu schaffen,

Con el propósito de crear condiciones favorables para las inversiones de los nacionales o sociedades de uno de los Estados Contratantes en el territorio del otro Estado Contratante,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein bilateraler vertraglicher Schutz von Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

Reconociendo que el fomento y la protección de las inversiones mediante un Acuerdo bilateral pueden servir para estimular la iniciativa económica privada e incrementar el bienestar de ambos pueblos,

haben folgendes vereinbart:

Han convenido lo siguiente:

Teil I
Investitionsschutz

Parte I
Protección de las Inversiones

Artikel 1
Definitionen

Artículo 1
Definiciones

Für die Zwecke dieses Vertrags

Para los fines del presente Acuerdo:

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, die direkt oder indirekt zu wirtschaftlicher Betätigung oder zu sonstigen unternehmerischen Zwecken erworben oder genutzt werden, insbesondere
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
 - c) Ansprüche aus jeder Art von Kapitaleistungen zur Schaffung eines wirtschaftlichen Wertes oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
 - d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
 - e) Rechte aus öffentlich-rechtlichen Konzessionen;

1. El concepto de «inversiones» comprende toda clase de bienes adquiridos o utilizados, directa o indirectamente, para actividades económicas u otros fines empresariales, en especial:
 - a) la propiedad de bienes muebles e inmuebles y demás derechos reales, como hipotecas y derechos de prenda;
 - b) derechos de participación en sociedades y otros tipos de participaciones en sociedades;
 - c) derechos derivados de todo tipo de aportaciones de capital para crear un valor económico o derechos a prestaciones que tengan un valor económico;
 - d) derechos de propiedad intelectual, en especial, derechos de autor, patentes, modelos de utilidad, diseños y modelos industriales, marcas, nombres comerciales, secretos industriales y comerciales, procedimientos tecnológicos, conocimientos técnicos (know-how), prestigio y clientela (good-will); y
 - e) derechos derivados de concesiones otorgadas por entidades de derecho público.

eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt,

Las modificaciones en la forma de inversión de los bienes no afectan su carácter de inversión, siempre y cuando

sofern die geänderte Form von der vorangehenden Definition umfaßt wird.

Kapitalanlagen umfassen jedoch nicht Handelsgeschäfte, die ausschließlich dem Verkauf von Gütern oder Dienstleistungen dienen; Kredite zur Finanzierung von Handelsgeschäften mit einer Laufzeit von weniger als drei Jahren; andere Kredite mit einer Laufzeit von weniger als drei Jahren, sowie Kredite an einen Vertragsstaat oder ein staatliches Unternehmen. Dies gilt nicht für Darlehen, die ein Staatsangehöriger oder eine Gesellschaft eines Vertragsstaats einem Unternehmen des anderen Vertragsstaats gewährt, das im Eigentum oder unter dem Einfluß des vorgenannten Staatsangehörigen oder der vorgenannten Gesellschaft steht, sowie für Kredite Dritter an Unternehmen, die keine staatlichen Unternehmen sind, das heißt Unternehmen, die privatrechtlich organisiert sind und sich sowohl in privatem als auch in öffentlichem Eigentum befinden, wenn der Kredit u.a.

- a) projektgebunden ist,
 - b) eine Laufzeit von mehr als drei Jahren hat,
 - c) der Finanzierung des Vorhabens dient,
 - d) dem Kreditgeber wirtschaftliche Risiken zuweist und
 - e) dem Kreditgeber ermöglicht, direkt oder indirekt über den Staatsangehörigen oder die Gesellschaft Einfluß auf die Geschäfte des Projekts zu nehmen;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;
3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“
- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
 - b) in bezug auf die Vereinigten Mexikanischen Staaten:
Mexikaner im Sinne der Politischen Verfassung der Vereinigten Mexikanischen Staaten;
4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“ jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet des jeweiligen Vertragsstaats hat und nach dessen Recht gegründet oder organisiert ist, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht;
5. bezeichnet der Begriff „Hoheitsgebiet“ das Gebiet jedes Vertragsstaats einschließlich des Küstenmeeres sowie der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels, soweit das Völkerrecht dem jeweiligen Vertragsstaat die Ausübung souveräner Rechte oder Hoheitsbefugnisse in diesen Gebieten gestattet.

Artikel 2

Förderung, Zulassung und Schutz von Kapitalanlagen

(1) Jeder Vertragsstaat wird Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit seinen Rechtsvorschriften in seinem Hoheitsgebiet zulassen.

(2) Jeder Vertragsstaat gewährt Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des erstgenannten Vertragsstaats vorgenommen worden sind, vollen Schutz und Sicherheit.

(3) Jeder Vertragsstaat wird Kapitalanlagen des anderen Vertragsstaats in jedem Fall gerecht und billig behandeln. Ebenso wird er die Betätigung, die Verwaltung, die Unterhaltung, den

dichas modificaciones estén comprendidas en la definición anterior.

Sin embargo, «inversiones» no incluye las transacciones comerciales diseñadas exclusivamente para la venta de bienes o servicios y créditos para financiar las transacciones comerciales con una duración menor a tres años, otros créditos con una duración menor a tres años, ni los créditos otorgados a un Estado Contratante o a una empresa del Estado. Lo anterior no se aplicará a préstamos otorgados por un nacional o sociedad de un Estado Contratante a una sociedad del otro Estado Contratante que sea propiedad de o esté controlada por éstos, ni tampoco a préstamos de terceras personas a sociedades que no sean consideradas empresas estatales, i.e. organizadas bajo el derecho privado, con capital mixto público y privado, siempre que el préstamo, i.a.:

- a) sea para un proyecto específico,
 - b) tenga una duración de más de tres años,
 - c) sirva para financiar ese proyecto,
 - d) asigne al acreedor riesgos comerciales y
 - e) permita al acreedor intervenir, directa o indirectamente, en el proyecto, a través del nacional o sociedad.
2. El concepto de «rentas» designa aquellas cantidades que correspondan a una inversión, como participaciones en los beneficios, dividendos, intereses, regalías u otras remuneraciones.
3. El concepto de «nacionales» designa:
- a) con referencia a la República Federal de Alemania:
los alemanes en el sentido de la Ley Fundamental de la República Federal de Alemania;
 - b) con referencia a los Estados Unidos Mexicanos:
los mexicanos en el sentido de la Constitución Política de los Estados Unidos Mexicanos.
4. El concepto de «sociedades» designa a todas las personas jurídicas, así como a todas las sociedades comerciales o demás sociedades o asociaciones, constituidas u organizadas conforme a las leyes de uno de los Estados Contratantes y que tengan su sede en el territorio de alguno de los Estados Contratantes, independientemente de que su actividad tenga o no fines lucrativos.
5. El concepto «territorio» comprende el territorio de cada Estado Contratante, incluyendo el mar territorial así como la zona económica exclusiva y la plataforma continental, siempre que el Derecho Internacional conceda al respectivo Estado Contratante el ejercicio de derechos de soberanía o jurisdicción en estas áreas.

Artículo 2

Promoción, Admisión y Protección de Inversiones

1. Cada uno de los Estados Contratantes promoverá, en la medida de lo posible, las inversiones de nacionales o sociedades del otro Estado Contratante, y las admitirá, en su territorio, de acuerdo con sus disposiciones legales vigentes.

2. Cada Estado Contratante otorgará plena protección y seguridad a las inversiones efectuadas conforme a sus disposiciones legales, por nacionales o sociedades del otro Estado Contratante.

3. Cada Estado Contratante otorgará en todo momento un tratamiento justo y equitativo a las inversiones del otro Estado Contratante. En ningún caso, los Estados Contratantes perjudicarán

Gebrauch, die Nutzung oder die Verfügung über diese Kapitalanlagen in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

Artikel 3

Behandlung von Kapitalanlagen

(1) Jeder Vertragsstaat behandelt Kapitalanlagen in seinem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter maßgeblichem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jeder Vertragsstaat behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats hinsichtlich ihrer Betätigung im Sinne des Artikels 2 Absatz 3 im Zusammenhang mit ihren Kapitalanlagen in seinem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als seine eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die ein Vertragsstaat den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen seiner Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen seiner Assoziation damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die ein Vertragsstaat den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

Schutz im Falle von Enteignungen

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften eines Vertragsstaats dürfen im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats nur zum allgemeinen Wohl, in nicht-diskriminierender Weise, in einem geordneten rechtlichen Verfahren und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder direkt oder indirekt anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen.

(2) Die Entschädigung muß dem angemessenen Marktwert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem handelsüblichen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und gemäß Artikel 6 frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme, sowie der Höhe der Entschädigung muß in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften eines Vertragsstaats im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats Meistbegünstigung.

Artikel 5

Schutz in sonstigen Fällen

Staatsangehörige oder Gesellschaften eines Vertragsstaats, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von diesem Vertragsstaat hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegen-

la operación, administración, mantenimiento, uso, goce o disposición de dichas inversiones a través de medidas arbitrarias o discriminatorias.

Artículo 3

Tratamiento a las Inversiones

1. Cada Estado Contratante brindará a las inversiones en su territorio, que sean propiedad o estén controladas por nacionales o sociedades del otro Estado Contratante, un trato no menos favorable que el que conceda a las inversiones de sus propios nacionales y sociedades o a las inversiones de nacionales y sociedades de terceros Estados.

2. Cada Estado Contratante brindará a los nacionales o sociedades del otro Estado Contratante en su territorio, en cuanto se refiere a las actividades señaladas en el Artículo 2, párrafo 3 y relacionadas con sus inversiones, un trato no menos favorable que el otorgado a sus propios nacionales y sociedades o a los nacionales y sociedades de terceros Estados.

3. Dicho trato no se refiere a los privilegios que uno de los Estados Contratantes conceda a los nacionales o sociedades de terceros Estados por formar parte de una unión aduanera o económica, un mercado común o una zona de libre comercio, o a causa de su asociación con tales agrupaciones.

4. El trato acordado por el presente Artículo no se refiere a las ventajas que uno de los Estados Contratantes conceda a los nacionales o sociedades de terceros Estados como consecuencia de un acuerdo para evitar la doble imposición o de otros acuerdos sobre asuntos tributarios.

Artículo 4

Protección en Caso de Expropiación

1. Las inversiones de nacionales o sociedades de uno de los Estados Contratantes no podrán ser, en el territorio del otro Estado Contratante, expropiadas, nacionalizadas ni sometidas a otras medidas que en sus repercusiones equivalgan, directa o indirectamente, a expropiación o nacionalización más que por causas de utilidad pública, sobre bases no discriminatorias, con apego a un debido proceso legal, y deberán, en tal caso, ser indemnizadas.

2. La indemnización deberá corresponder al valor justo de mercado de la inversión expropiada inmediatamente antes de la fecha de hacerse pública la expropiación efectiva o inminente, la nacionalización o la medida equivalente. La indemnización deberá satisfacerse sin demora y devengará intereses hasta la fecha de su pago a una tasa comercial normal, deberá ser efectivamente liquidable y libremente transferible, de conformidad con lo dispuesto en el Artículo 6. A más tardar en el momento de la expropiación, nacionalización o medida equivalente, deberán tomarse disposiciones adecuadas para fijar y satisfacer la indemnización. La legalidad de la expropiación, nacionalización o medida equivalente, y de la cuantía de la indemnización será susceptible de revisión en un debido procedimiento legal.

3. En lo concerniente a las materias reglamentadas en el presente Artículo, los nacionales o sociedades de uno de los Estados Contratantes gozarán en el territorio del otro Estado Contratante del trato de la nación más favorecida.

Artículo 5

Protección en Otros Casos

Los nacionales o sociedades de uno de los Estados Contratantes que sufran pérdidas en sus inversiones por efecto de guerra u otro conflicto armado, revolución, estado de emergencia nacional o motín en el territorio del otro Estado Contratante, no serán tratados por éste menos favorablemente que sus propios nacionales o sociedades, o los nacionales o sociedades de

leistungen nicht weniger günstig behandelt als seine eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften oder Staatsangehörige oder Gesellschaften dritter Staaten. Solche Zahlungen müssen gemäß Artikel 6 frei transferierbar sein.

Artikel 6 **Transferleistungen**

(1) Jeder Vertragsstaat stellt sicher, daß alle Zahlungen im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats frei transferiert werden können, insbesondere

- a) das Kapital und zusätzliche Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) die Erträge;
- c) die Rückzahlung von Darlehen;
- d) der Erlös im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) die in Artikel 4 und 5 vorgesehenen Entschädigungen.

(2) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 und den Artikeln 5, 6 oder 7 erfolgen unverzüglich zu dem am Tag des Transfers geltenden Marktkurs.

(3) Ungeachtet der Absätze 1 und 2 ist ein Vertragsstaat befugt, die Rechte von Gläubigern zu schützen oder die Einhaltung von Gesetzen sicherzustellen im Hinblick auf die Ausgabe von bzw. den Handel und den Verkehr mit Wertpapieren, die Berichtspflicht für den Transfer von Zahlungsmitteln oder anderen geldnahen Finanztiteln oder die Erfüllung von Urteilen in zivil-, verwaltungs- und strafrechtlichen Verfahren zu gewährleisten, indem er seine Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften in gerechter und nicht-diskriminierender Weise und nach Treu und Glauben anwendet.

(4) Gibt es keinen Devisenmarkt, ist der letztgültige Kurs für die Umrechnung von Devisen in Sonderziehungsrechte heranzuziehen.

Artikel 7 **Subrogation**

Leistet ein Vertragsstaat seinen Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats, so erkennt dieser andere Vertragsstaat die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf den erstgenannten Vertragsstaat an. Der andere Vertragsstaat erkennt den Eintritt des erstgenannten Vertragsstaats in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an. Im Falle einer Meinungsverschiedenheit ist jedoch die Ausübung und Geltendmachung dieser Rechte und Ansprüche nur durch eine natürliche oder eine in Privateigentum stehende juristische Person möglich, deren sich der erstgenannte Staat als Prozeßführungsbefugten bedient. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 und 6 entsprechend.

Artikel 8 **Sonstige Bestimmungen**

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsstaaten bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

terceros Estados, en lo referente a restituciones, ajustes, indemnizaciones u otros pagos. Estas cantidades deberán ser libremente transferibles según lo dispuesto en el Artículo 6.

Artículo 6 **Transferencias**

1. Cada Estado Contratante garantizará que todos los pagos relacionados con una inversión de nacionales o sociedades del otro Estado Contratante puedan ser libremente transferidos, especialmente:

- a) del capital y de las sumas adicionales para el mantenimiento o ampliación de la inversión;
- b) de las rentas;
- c) de la amortización de préstamos;
- d) del producto de la inversión en caso de liquidación o enajenación total o parcial;
- e) de las indemnizaciones previstas en los Artículos 4 y 5.

2. Las transferencias conforme al Artículo 4, párrafo 2, así como a los Artículos 5, 6 ó 7, se efectuarán sin demora, al tipo de cambio vigente en el mercado en la fecha de la transferencia.

3. No obstante lo dispuesto en los párrafos 1 y 2, los Estados Contratantes podrán impedir la realización de transferencias mediante la aplicación equitativa, de buena fe y no discriminatoria de sus leyes y reglamentos, en caso de protección de los derechos de los acreedores, emisión, comercio y operaciones de valores, reportes de transferencias de divisas u otros instrumentos monetarios, y como garantía del cumplimiento de las sentencias en procedimientos civiles, administrativos y penales.

4. En ausencia de un mercado cambiario, la cotización que se utilizará será la más reciente cotización cambiaria para la conversión de divisas a derechos especiales de giro.

Artículo 7 **Subrogación**

Si un Estado Contratante realiza pagos a cualquiera de sus nacionales o sociedades respecto a una garantía que haya asumido en relación a una inversión en el territorio del otro Estado Contratante, este último reconocerá la transmisión, ya sea bajo una ley o conforme a una transacción legal, de cualquier derecho o reclamación de dicho nacional o sociedad al primer Estado Contratante. El Estado Contratante de que se trate reconocerá la subrogación del primer Estado Contratante en cualquier derecho o reclamación (reclamaciones asignadas). No obstante, en caso de controversia, únicamente, podrá ejercitar estos derechos e interponer dichas reclamaciones una persona natural o persona legal privada a la cual el primer Estado Contratante haya asignado el derecho de acción. Respecto a la transferencia de pagos realizados en virtud de dichas reclamaciones asignadas, el Artículo 4, párrafos 2 y 3, así como los Artículos 5 y 6 se aplicarán mutatis mutandis.

Artículo 8 **Otras Disposiciones**

1. Si de las disposiciones legales de uno de los Estados Contratantes, o de obligaciones emanadas del Derecho Internacional al margen del presente Acuerdo, actuales o futuras, entre los Estados Contratantes, resultare una reglamentación general o especial en virtud de la cual deba concederse a las inversiones de los nacionales o sociedades del otro Estado Contratante un trato más favorable que el previsto en el presente Acuerdo, dicha reglamentación prevalecerá sobre el presente Acuerdo, en cuanto sea más favorable.

(2) Jeder Vertragsstaat wird jede andere schriftliche Verpflichtung einhalten, die er in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats in seinem Hoheitsgebiet eingegangen ist, wobei Meinungsverschiedenheiten, die sich aus diesen Verpflichtungen ergeben, nur nach den Bestimmungen der Verträge beigelegt werden, welche den Verpflichtungen zugrundeliegen.

Artikel 9

Anwendungsbereich

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften des einen Vertragsstaats in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats in dessen Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben. Dies gilt jedoch nicht für Meinungsverschiedenheiten oder Streitigkeiten, die schon vor Inkrafttreten dieses Vertrags entstanden sind.

Teil II

Streitschlichtung

Abschnitt 1

Streitschlichtung zwischen den Vertragsstaaten

Artikel 10

Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsstaaten

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsstaaten in Konsultationen oder Verhandlungen beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen eines der beiden Vertragsstaaten frühestens vier Monate nach Notifizierung des Beginns der Konsultationen oder Verhandlungen einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jeder Vertragsstaat ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsstaaten zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem der eine Vertragsstaat dem anderen mitgeteilt hat, daß er die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jeder Vertragsstaat den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten seines Mitglieds sowie seiner Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

2. Cada Estado Contratante observará cualquier otra obligación por escrito que haya asumido en relación a inversiones en su territorio por nacionales o sociedades del otro Estado Contratante; las controversias surgidas respecto de dichas obligaciones, serán solucionadas únicamente de acuerdo a las disposiciones contenidas en el contrato respectivo.

Artículo 9

Ambito de Aplicación

El presente Acuerdo se aplicará también a las inversiones efectuadas por los nacionales o sociedades de un Estado Contratante antes de la entrada en vigor del mismo, conforme a las disposiciones legales del otro Estado Contratante en su territorio. Sin embargo, no se aplicará a divergencias o controversias que hayan surgido con anterioridad a su entrada en vigor.

Parte II

Solución de Controversias

Sección 1

Solución de Controversias entre los Estados Contratantes

Artículo 10

Controversias entre los Estados Contratantes

1. Las controversias que surgieren entre los Estados Contratantes sobre la interpretación o aplicación del presente Acuerdo deberán, en lo posible, ser dirimidas mediante consultas o negociaciones por los gobiernos de ambos Estados Contratantes.

2. Si una controversia no pudiere ser dirimida de esa manera, una vez transcurridos como mínimo cuatro meses contados a partir de la notificación del inicio de consultas o negociaciones, aquella será sometida a un tribunal arbitral a petición de uno de los Estados Contratantes.

3. El tribunal arbitral será constituido ad hoc; cada Estado Contratante nombrará a un miembro, y los dos miembros se pondrán de acuerdo para elegir como Presidente a un nacional de un tercer Estado que será nombrado por los gobiernos de ambos Estados Contratantes. Los miembros serán nombrados dentro de un plazo de dos meses, y el Presidente dentro de un plazo de tres meses; dichos plazos serán contados a partir de que uno de los Estados Contratantes haya comunicado al otro que desea someter la controversia a un tribunal arbitral.

4. Si los plazos previstos en el párrafo 3 no fueren observados, y a falta de otro arreglo, cada Estado Contratante podrá invitar al Presidente de la Corte Internacional de Justicia a proceder a los nombramientos necesarios. En caso de que el Presidente sea nacional de uno de los Estados Contratantes o se halle impedido por otra causa, corresponderá al Vicepresidente efectuar los nombramientos. Si el Vicepresidente también fuere nacional de uno de los dos Estados Contratantes o si se hallare también impedido, corresponderá efectuar los nombramientos al miembro de la Corte que siga inmediatamente en el orden jerárquico y no sea nacional de uno de los Estados Contratantes.

5. El tribunal arbitral tomará sus decisiones por mayoría de votos. Sus decisiones serán obligatorias. Cada Estado Contratante sufragará los gastos ocasionados por la actividad de su árbitro y de sus representantes en el procedimiento arbitral; los gastos del Presidente, así como los demás gastos, serán sufragados por partes iguales por los dos Estados Contratantes. El tribunal arbitral podrá adoptar un reglamento diferente en lo que concierne a los gastos. Por lo demás, el tribunal arbitral determinará su propio procedimiento.

Abschnitt 2

Streitschlichtung

zwischen einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft eines Vertragsstaats und dem anderen Vertragsstaat

Artikel 11

Anwendungsbereich und Klagebefugnis

Dieser Abschnitt findet Anwendung auf Meinungsverschiedenheiten zwischen einem Vertragsstaat und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft des anderen Vertragsstaats, die nach dem Inkrafttreten des Vertrags entstanden sind und eine mutmaßliche Vertragsverletzung des erstgenannten Vertragsstaats betreffen, die dem Staatsangehörigen oder der Gesellschaft oder seiner Kapitalanlage einen Verlust oder Schaden zufügt. Ein Unternehmen, das eine Kapitalanlage eines Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft des anderen Vertragsstaats ist, ist nach diesem Abschnitt nicht befugt, ein Schiedsgericht anzurufen.

Artikel 12

Arten der Streitschlichtung und Fristen

(1) Die Meinungsverschiedenheit soll, soweit möglich, durch Verhandlungen oder Konsultationen beigelegt werden. Wenn die Meinungsverschiedenheit nicht auf diese Weise beigelegt wird, so kann sie der Staatsangehörige oder die Gesellschaft eines Vertragsstaats zur Entscheidung vorlegen:

- a) den ordentlichen Gerichten oder Verwaltungsgerichten des beteiligten Vertragsstaats;
- b) gemäß jedem vorher vereinbarten anwendbaren Streit-schlichtungsverfahren, oder
- c) gemäß diesem Artikel:
 - i) dem Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten („das Zentrum“), das gemäß dem Übereinkommen zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten („ICSID-Übereinkommen“) gegründet wurde, sofern sowohl der Vertragsstaat des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft als auch der an der Streitigkeit beteiligte Vertragsstaat Vertragsstaaten des ICSID-Übereinkommens sind;
 - ii) dem Zentrum gemäß den „Regeln über die zusätzlichen Fazilitäten zur Behandlung von Streitfällen durch das Zentrums-Sekretariat“, wenn entweder der Vertragsstaat des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft oder der an der Streitigkeit beteiligte Vertragsstaat, nicht aber beide, Vertragsstaat des ICSID-Übereinkommens ist;
 - iii) einem Einzelschiedsrichter oder einem von Fall zu Fall zu bildenden Schiedsgericht, das nach den „Schiedsregeln der Kommission der Vereinten Nationen zum internationalen Handelsrecht“ („UNCITRAL“) errichtet wird;
 - iv) einem Einzelschiedsrichter der Internationalen Handelskammer oder einem von Fall zu Fall nach deren Regeln gebildeten Schiedsgericht.

(2) Für das Verfahren sind die Regeln der einschlägigen Schiedsordnung maßgeblich, soweit dieser Abschnitt keine abweichenden Regelungen trifft.

(3) Eine Meinungsverschiedenheit kann gemäß Absatz 1 Buchstabe c einem Schiedsverfahren unterbreitet werden, vorausgesetzt, daß sechs Monate seit dem anspruchsbegründenden Ereignis vergangen sind und der Staatsangehörige oder die Gesellschaft dem am Streit beteiligten Vertragsstaat mindestens 60 Tage vorher seine Absicht, ein Schiedsverfahren einzuleiten, schriftlich mitgeteilt hat, aber nicht später als vier Jahre nach dem Zeitpunkt, an dem der Staatsangehörige oder die Gesellschaft Kenntnis von den Ereignissen erlangt hat oder erlangt haben müßte, welche die Meinungsverschiedenheit begründet haben.

Sección 2

Solución de Controversias

entre un Nacional o Sociedad de un Estado Contratante y el otro Estado Contratante

Artículo 11

Ambito y Derecho de Acción

Esta Sección se aplica a controversias entre un Estado Contratante y un nacional o sociedad del otro Estado Contratante, que surjan a partir de que el Acuerdo entre en vigor, respecto de un supuesto incumplimiento de una obligación del Estado Contratante conforme a este Acuerdo, que ocasione pérdida o daño al nacional o sociedad o a su inversión. Una sociedad que sea una inversión de un nacional o sociedad del otro Estado Contratante, no podrá someter reclamación alguna a arbitraje de acuerdo con esta Sección.

Artículo 12

Medios de Solución y Plazos

1. De ser posible, la controversia debe resolverse a través de negociaciones o consultas. De no ser resuelta, el nacional o la sociedad de un Estado Contratante pueden decidir someter la controversia a resolución:

- a) de los tribunales ordinarios o administrativos del Estado Contratante que es parte en la controversia;
- b) de acuerdo con cualquier procedimiento de solución de controversias previamente acordado, o
- c) de acuerdo con este Artículo:
 - i) al Centro Internacional de Arreglo de Diferencias Relativas a Inversiones („el Centro“), establecido de acuerdo al Convenio sobre Arreglo de Diferencias Relativas a Inversiones entre Estados y Nacionales de Otros Estados („el Convenio del CIADI“), si el Estado Contratante del nacional o sociedad de que se trate y el otro Estado Contratante son partes del Convenio del CIADI;
 - ii) al Centro, conforme a las Reglas del Mecanismo Complementario del CIADI, cuando uno de los Estados Contratantes, pero no ambos, sea Estado Parte del Convenio del CIADI;
 - iii) a un solo árbitro o a un tribunal arbitral ad hoc, establecido de acuerdo con las reglas de arbitraje de la Comisión de las Naciones Unidas para el Derecho Mercantil Internacional („CNUDMI“);
 - iv) a un solo árbitro de la Cámara Internacional de Comercio o a un tribunal arbitral ad hoc, de acuerdo con sus reglas de arbitraje.

2. Las reglas aplicables al arbitraje regirán al mismo, salvo en la medida de lo modificado por esta Sección.

3. Una controversia puede ser sometida a resolución, de acuerdo con el párrafo 1, inciso c) de este Artículo, una vez que hayan transcurrido seis meses desde que los actos que motivan la reclamación tuvieron lugar, siempre que el nacional o sociedad de un Estado Contratante haya entregado al otro Estado Contratante que es parte en la controversia, notificación por escrito de su intención de someter la reclamación a arbitraje por lo menos con 60 días de anticipación, y siempre y cuando no haya transcurrido un plazo de cuatro años a partir de la fecha en que el nacional o sociedad tuvo o debió haber tenido conocimiento de los actos que dieron lugar a la controversia.

(4) Haben Staatsangehörige oder Gesellschaften der Bundesrepublik Deutschland oder ihre Kapitalanlage ein innerstaatliches Gericht der Vereinigten Mexikanischen Staaten angerufen, so kann die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht nur dann unterbreitet werden, wenn das innerstaatliche mexikanische Gericht in erster Instanz noch keine Sachentscheidung getroffen hat.

(5) Hat ein Staatsangehöriger oder eine Gesellschaft eines Vertragsstaats eine Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreitet, dürfen weder er noch das Unternehmen, das Gegenstand seiner Kapitalanlage ist, ein Verfahren vor einem innerstaatlichen Gericht eröffnen oder fortsetzen.

Artikel 13

Einverständnis der Vertragsstaaten

Jeder Vertragsstaat erklärt hiermit sein uneingeschränktes Einverständnis damit, daß eine Meinungsverschiedenheit einem internationalen Schiedsverfahren in Übereinstimmung mit diesem Abschnitt unterbreitet wird.

Artikel 14

Bildung des Schiedsgerichts

(1) Soweit die Streitparteien nichts Abweichendes vereinbaren, besteht das Schiedsgericht aus drei Mitgliedern. Jede Streitpartei ernennt ein Mitglied und beide Mitglieder einigen sich auf ein drittes Mitglied als Obmann.

(2) Die Mitglieder von Schiedsgerichten müssen über einschlägige Sachkenntnisse im Völkerrecht und in Investitionsangelegenheiten verfügen.

(3) Wird das Schiedsgericht nicht innerhalb von 90 Tagen nach Einreichung des Antrags auf Einleitung des Schiedsverfahrens errichtet, entweder weil eine der Streitparteien es unterließ, ein Mitglied zu bestellen, oder weil die bestellten Mitglieder sich nicht auf einen Obmann einigen konnten, so kann jede Streitpartei den Generalsekretär des ICSID bitten, den oder die fehlenden Mitglieder zu bestellen. Bei der Bestellung des Obmanns muß der Generalsekretär des ICSID jedoch sicherstellen, daß der Obmann nicht Staatsangehöriger eines der Vertragsstaaten ist.

Artikel 15

Verfahrensverbindung

(1) Bei Verfahrensverbindung nach diesem Artikel wird das Gericht nach den UNCITRAL-Schiedsregeln gebildet und verfährt nach seinen Bestimmungen, es sei denn, dieser Abschnitt sieht andere Regelungen vor.

(2) In den folgenden Fällen kommt es zu einer Verfahrensverbindung:

- a) wenn ein Staatsangehöriger oder eine Gesellschaft eines Vertragsstaats in Vertretung einer Gesellschaft, die in seinem Eigentum oder unter seinem Einfluß steht, ein Rechtsmittel einbringt und gleichzeitig ein anderer oder weitere an der Gesellschaft beteiligte Staatsangehörige oder Gesellschaften, die jedoch keinen maßgeblichen Einfluß haben, im eigenen Namen aufgrund derselben Vertragsverletzung Rechtsmittel einlegen; oder
- b) wenn zwei oder mehr Rechtsmittel wegen derselben Fragen zur Sach- und Rechtslage in einem Schiedsverfahren eingelegt werden.

(3) Das Gericht, das sich mit der Verfahrensverbindung befaßt, entscheidet über die Gerichtsbarkeit, der die Rechtsmittel zu unterwerfen sind, und prüft die genannten Rechtsmittel gemeinsam, es sei denn, ein Staatsangehöriger oder eine Gesellschaft macht geltend, daß seine bzw. ihre Interessen ernsthaft geschädigt werden.

4. En caso de que un nacional o sociedad de la República Federal de Alemania o su inversión haya comenzado un procedimiento ante un tribunal de los Estados Unidos Mexicanos, la controversia solamente podrá someterse al arbitraje si el tribunal competente mexicano no ha dictado sentencia en primera instancia sobre el fondo del asunto.

5. Si un nacional o sociedad de un Estado Contratante somete una controversia a arbitraje, ni aquel ni la sociedad que sea objeto de su inversión, podrán iniciar o continuar un procedimiento ante un tribunal nacional.

Artículo 13

Consentimiento del Estado Contratante

Cada Estado Contratante otorga su consentimiento incondicional al sometimiento de una controversia a arbitraje internacional de acuerdo con esta Sección.

Artículo 14

Integración del Tribunal Arbitral

1. A menos que las partes contendientes convengan otra cosa, el tribunal arbitral se integrará por tres miembros. Cada parte contendiente designará un miembro y éstos, a su vez, deberán nombrar a un tercero como Presidente.

2. Los miembros de los tribunales arbitrales deben tener experiencia en Derecho Internacional y en materia de inversión.

3. Si un tribunal arbitral no ha sido constituido dentro de un término de 90 días contado a partir de la fecha en que la reclamación fue sometida a arbitraje, ya sea porque una de las partes contendientes no designó miembro o los nombrados no llegaron a un acuerdo sobre el Presidente, el Secretario General del CIADI, a petición de cualquiera de las partes contendientes, nombrará a su discreción al miembro o miembros aún no designados. No obstante, el Secretario General del CIADI, en el momento de designar al Presidente, deberá asegurarse que dicho Presidente no sea nacional de alguno de los Estados Contratantes.

Artículo 15

Acumulación

1. Un tribunal de acumulación establecido conforme a este Artículo se instalará de acuerdo a las Reglas de Arbitraje de la CNUDMI y procederá de conformidad con sus disposiciones, salvo lo dispuesto por esta Sección.

2. Los procedimientos se acumularán en los siguientes casos:

- a) cuando un nacional o sociedad de un Estado Contratante presente una reclamación en representación de una sociedad de su propiedad o que esté bajo su control y, simultáneamente, otro(s) nacional(es) o sociedad(es) de ese mismo Estado Contratante que tengan participación en la misma sociedad, pero sin tener control de ésta, presenten reclamaciones por cuenta propia como consecuencia de las mismas violaciones de este Acuerdo; o
- b) cuando se sometan a arbitraje dos o más reclamaciones derivadas de cuestiones de hecho y de derecho comunes.

3. El tribunal de acumulación resolverá sobre la jurisdicción a la que habrán de someterse las reclamaciones y examinará conjuntamente dichas reclamaciones, salvo que un nacional o sociedad alegue que sus intereses son seriamente perjudicados.

Artikel 16**Ort des Schiedsverfahrens**

Jedes Schiedsverfahren nach diesem Abschnitt findet auf Verlangen einer der Streitparteien in einem Land statt, das Mitglied des „Abkommens der Vereinten Nationen über die Anerkennung und die Vollstreckung von ausländischen Schiedssprüchen (New Yorker Konvention)“ ist. Ansprüche, die nach diesem Abschnitt einem Schiedsverfahren unterbreitet werden, gelten als aus einer wirtschaftlichen Beziehung oder Tätigkeit im Sinne des Artikels 1 der New Yorker Konvention entstanden.

Artikel 17**Entschädigung**

Kein Vertragsstaat wird zum Zwecke der Verteidigung, der Widerklage oder aus einem anderen Grund geltend machen, daß eine Entschädigung oder ein anderer Ausgleich für einen Teil des mutmaßlichen Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Garantie oder Versicherung geleistet wurde oder geleistet werden wird.

Artikel 18**Anzuwendendes Recht**

Das nach diesem Abschnitt bestellte Gericht wird über die Meinungsverschiedenheit auf der Grundlage dieses Vertrags und der anwendbaren Regeln und Prinzipien des Völkerrechts entscheiden.

Artikel 19**Schiedssprüche und Vollstreckung**

(1) Schiedssprüche können den folgenden Inhalt haben:

- a) die Feststellung, daß der Vertragsstaat seine Verpflichtungen aus diesem Vertrag nicht eingehalten hat;
- b) Schadensersatz, einschließlich der Zinsen vom Zeitpunkt des Schadenseintritts bis zum Zeitpunkt der Zahlung;
- c) die Entschädigung in Sachwerten in geeigneten Fällen, aber der Vertragsstaat kann stattdessen Entschädigung in Geld leisten, falls die Entschädigung in Sachwerten nicht möglich ist. Die Entschädigung in Sachwerten schließt die Rückübertragung des Eigentums ein; und
- d) mit Zustimmung der Streitparteien jeden anderen Inhalt.

(2) Schiedssprüche sind nur für die Streitparteien und nur hinsichtlich des konkreten Streitfalls endgültig und bindend.

(3) Ein Schiedsgericht darf nicht die Zahlung vom Strafschadensersatz gegen einen Vertragsstaat anordnen.

(4) Jeder Vertragsstaat wird in seinem Hoheitsgebiet für die ordnungsgemäße Vollstreckung von Schiedssprüchen nach diesem Artikel Sorge tragen und den Schiedsspruch aus einem Verfahren, an dem er beteiligt ist, unverzüglich erfüllen.

(5) Der Staatsangehörige oder die Gesellschaft kann die Vollstreckung eines Schiedsspruchs nach dem ICSID-Übereinkommen oder dem New Yorker Übereinkommen beantragen.

Artikel 20**Ausschluß**

Dem Streitschlichtungsverfahren nach diesem Abschnitt werden keine Maßnahmen unterworfen, denenzufolge ein Vertragsstaat entsprechend seiner Gesetzgebung aus Gründen der nationalen Sicherheit den Erwerb einer Kapitalanlage in seinem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß seiner

Artículo 16**Lugar del Arbitraje**

A petición de cualquiera de las partes contendientes, cualquier arbitraje que se lleve a cabo conforme a esta Sección se realizará en un Estado que sea parte de la Convención de las Naciones Unidas sobre el Reconocimiento y Ejecución de las Sentencias Arbitrales Extranjeras («Convención de Nueva York»). Conforme a esta Sección, se considerará que las reclamaciones sometidas a arbitraje surgen de una relación u operación comercial para los efectos del Artículo I de la Convención de Nueva York.

Artículo 17**Indemnización**

Ningún Estado Contratante podrá plantear como medio de defensa, reconvencción, u otro, que una indemnización u otra compensación ha sido recibida o habrá de recibirse por una parte o la totalidad del daño en virtud de una garantía o de un contrato de seguro.

Artículo 18**Derecho Aplicable**

Un tribunal establecido conforme a esta Sección decidirá la controversia de conformidad con este Acuerdo, y con las reglas y principios aplicables del Derecho Internacional.

Artículo 19**Laudos y Ejecución**

1. Los laudos pueden tomar las siguientes formas de resolución:

- a) declaración de que el Estado Contratante no ha cumplido con sus obligaciones de conformidad con este Acuerdo;
- b) indemnización compensatoria, que debe incluir intereses desde el momento en que se causen los daños hasta la fecha de pago;
- c) restitución en especie, en casos apropiados, pero el Estado Contratante puede pagar en su lugar indemnización compensatoria, cuando la restitución en especie no sea factible. La restitución en especie incluye la restitución de la propiedad, y;
- d) con el consentimiento de las partes contendientes, cualquier otra forma de resolución.

2. Los laudos serán definitivos y obligatorios solamente respecto de las partes contendientes y solamente con respecto al caso concreto.

3. Un tribunal arbitral no podrá exigir a un Estado Contratante el pago de daños que tengan carácter punitivo.

4. Cada Estado Contratante deberá tomar, en su territorio, las medidas necesarias para la efectiva ejecución del laudo de acuerdo con lo establecido en este Artículo, y acatar y cumplir sin demora cualquier laudo emitido en un procedimiento del cual sea parte contendiente.

5. Un nacional o sociedad podrá recurrir a la ejecución de un laudo, a través del Convenio del CIADI o de la Convención de Nueva York.

Artículo 20**Exclusiones**

No estarán sujetas al mecanismo de solución de controversias de esta Sección, las resoluciones que adopte un Estado Contratante que, por razones de seguridad nacional, prohíban o restrinjan la adquisición de una inversión en su territorio que sea propiedad o esté controlada por sus nacionales, por parte de nacio-

eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften steht, durch Staatsangehörige oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats verbietet oder einschränkt.

nales o sociedades del otro Estado Contratante, de conformidad con la legislación del Estado Contratante de que se trate.

Teil III Schlußbestimmungen

Artikel 21 Protokoll

Das beiliegende Protokoll ist Bestandteil dieses Vertrags.

Artikel 22 Inkrafttreten, Geltungsdauer und Beendigung

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Der Vertrag bleibt zunächst zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern der Vertrag nicht von einem der Vertragsstaaten zwölf Monate vor seinem Außerkrafttreten schriftlich gekündigt wird. Jeder Vertragsstaat kann den Vertrag nach Ablauf von zehn Jahren oder zu jedem späteren Zeitpunkt durch Notifikation mit einer Frist von zwölf Monaten kündigen.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Bestimmungen der Artikel 1 bis 21 noch für weitere fünfzehn Jahre vom Tag seines Außerkrafttretens.

Geschehen zu Mexiko-Stadt am 25. August 1998 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Parte III Disposiciones Finales

Artículo 21 Protocolo

El Protocolo anexo es parte integral de este Acuerdo.

Artículo 22 Entrada en Vigor, Vigencia y Terminación

1. El presente Acuerdo estará sujeto a ratificación. Los instrumentos de ratificación serán canjeados lo antes posible.

2. El presente Acuerdo entrará en vigor un mes después de la fecha en que se haya efectuado el canje de los instrumentos de ratificación. Su validez será de diez años y se prolongará después por tiempo indefinido, a menos que fuera denunciado por escrito por uno de los Estados Contratantes doce meses antes de su expiración. Transcurridos diez años, cada Estado Contratante podrá denunciar el Acuerdo en cualquier momento, mediante notificación realizada con 12 meses de anticipación.

3. Para inversiones realizadas hasta el momento de expiración del presente Acuerdo, las disposiciones de los Artículos 1 al 21 seguirán rigiendo durante los 15 años subsiguientes a la fecha en que haya expirado la vigencia del presente Acuerdo.

Hecho en la ciudad de México, el 25 de agosto de 1998, en dos ejemplares, en idioma alemán y español, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Por la Republica Federal de Alemania
Werner Reichenbaum

Für die Vereinigten Mexikanischen Staaten
Por los Estados Unidos Mexicanos
Dr. Hermino Blanco Mendoza

Protokoll
zum Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und den Vereinigten Mexikanischen Staaten
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Protocolo
del Acuerdo
entre la República Federal de Alemania
y los Estados Unidos Mexicanos
sobre Promoción y Protección Recíproca de las Inversiones

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Mexikanischen Staaten über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

- a) Zur weiteren Klarstellung vereinbaren die Vertragsstaaten, daß Artikel 1 Nummer 1 und Artikel 6 nur solche Kapitalanlagen erfassen, die mit dem Ziel der Errichtung dauernder wirtschaftlicher Beziehungen zu einem Unternehmen getätigt werden, wie insbesondere Kapitalanlagen, welche die Möglichkeit der Ausübung eines tatsächlichen Einflusses auf dessen Geschäftsführung schaffen.
- b) Der Begriff „indirekte“ Kapitalanlage umfaßt nur solche Fälle, in denen sowohl die Tochtergesellschaft als auch deren Kapitalanlage ihren Sitz im Hoheitsgebiet des gleichen Vertragsstaats haben.
- c) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.

(2) Zu Artikel 2

Artikel 2 Absatz 3 gilt auch für den Zugang zu und die Benutzung von Einrichtungen für die physische Distribution im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage, in Übereinstimmung mit den von den Vertragsstaaten geschlossenen internationalen Übereinkünften.

(3) Zu Artikel 3

- a) Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Artikel 3 verpflichtet einen Vertragsstaat nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in seinem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.
- c) Die Vertragsstaaten werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise, den Aufenthalt und die Arbeitserlaubnis von Schlüsselpersonal des einen Vertragsstaats, das im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats einreisen will, wohlwollend prüfen.
- d) Jeder Vertragsstaat kann von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats im Zusammenhang mit deren Kapitalanlagen in seinem Hoheitsgebiet regelmäßige Informationen zu statistischen Zwecken verlangen.

En el acto de la firma del Acuerdo entre la República Federal de Alemania y los Estados Unidos Mexicanos sobre Promoción y Protección Recíproca de las Inversiones, los plenipotenciarios, estando debidamente autorizados, han acordado adicionar las siguientes disposiciones, que se considerarán como parte integral de dicho Acuerdo.

1. Ad Artículo 1

- a) para mayor claridad, los Estados Contratantes están de acuerdo en comprender conforme al Artículo 1, párrafo 1, y conforme al Artículo 6, únicamente aquellas inversiones que sean realizadas con el propósito de establecer relaciones económicas duraderas con una sociedad, tales como, en particular, inversiones que brinden la posibilidad de ejercer una influencia efectiva en la administración de aquella.
- b) el término inversión «indirecta» cubrirá únicamente aquellas situaciones donde tanto la subsidiaria como su inversión se encuentren localizadas en el territorio de un mismo Estado Contratante.
- c) las rentas de una inversión y, en caso de reinversión, las rentas de esta última gozarán de igual protección que la inversión misma.

2. Ad Artículo 2

El Artículo 2, párrafo 3, deberá también aplicarse al acceso a y al uso de sistemas de distribución física relacionados con una inversión, de conformidad con los acuerdos internacionales firmados por los Estados Contratantes.

3. Ad Artículo 3

- a) no se considerarán como «trato menos favorable» en el sentido del Artículo 3 las medidas que se tomen por razones de seguridad y orden público, sanidad o moralidad.
- b) las disposiciones del Artículo 3 no obligan a un Estado Contratante a extender a las personas naturales y sociedades residentes en el territorio del otro Estado Contratante las ventajas, exenciones y reducciones fiscales que según las leyes tributarias sólo se concedan a las personas naturales y sociedades residentes en su territorio.
- c) los Estados Contratantes, de acuerdo con sus disposiciones legales internas, tramitarán con benevolencia las solicitudes de inmigración, residencia y permisos de trabajo del personal clave de uno de los Estados Contratantes que, en relación con una inversión, quieran entrar en el territorio del otro Estado Contratante.
- d) cada Estado Contratante podrá exigir a los nacionales o sociedades del otro Estado Contratante en su territorio, que proporcionen la información periódica con fines estadísticos relacionada con su inversión.

(4) Zu Artikel 4

Zur Festlegung des angemessenen Marktwertes können alle geeigneten Bewertungskriterien herangezogen werden.

(5) Zu Artikel 6

- a) Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.
- b) Im Falle eines fundamentalen Zahlungsbilanzungleichgewichts oder seines drohenden Eintritts können die Vereinigten Mexikanischen Staaten den freien Transfer des Kapitals nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe d vorübergehend bis zu zwölf Monaten beschränken. Diese Beschränkungen werden in gerechter, nicht-diskriminierender Weise sowie nach Treu und Glauben festgesetzt.

(6) Zu Artikel 11

Damit ein Staatsangehöriger oder eine Gesellschaft gegenüber dem Gaststaat klagebefugt ist, muß eine mutmaßliche Verletzung dieses Vertrags gemäß Artikel 11 ursächlich mit einem Verlust oder Schaden des Staatsangehörigen, der Gesellschaft oder der Kapitalanlage zusammenhängen. Obwohl eine Klagebefugnis bereits dann besteht, wenn der Schaden noch nicht eingetreten ist, aber unmittelbar bevorsteht, muß dieser, mit Ausnahme der in Artikel 19 Absatz 1 Buchstaben a und d genannten Fälle, bereits eingetreten sein, damit ein Schiedsgericht eine entsprechende Entscheidung treffen kann.

4. Ad Artículo 4

Para determinar el valor adecuado de mercado pueden incluirse todos los criterios de valuación apropiados.

5. Ad Artículo 6

- a) una transferencia se considerará realizada «sin demora» en el sentido del Artículo 6, párrafo 2, cuando se haya efectuado dentro del plazo normalmente necesario para el cumplimiento de las formalidades de transferencia. El plazo, que en ningún caso podrá exceder de dos meses, comenzará a correr en el momento de presentación de la solicitud correspondiente.
- b) en caso de un desequilibrio fundamental de la balanza de pagos o de una amenaza del mismo, los Estados Unidos Mexicanos pueden limitar temporalmente y hasta una duración de doce meses la libre transferencia de capital conforme al párrafo 1, inciso d. Estas restricciones se establecerán de forma equitativa, no discriminatoria y de buena fe.

6. Ad Artículo 11

Conforme al Artículo 11, un supuesto incumplimiento de este Acuerdo debe estar causalmente ligado a una pérdida o daño para el nacional, sociedad o su inversión, para que el nacional o la sociedad tengan derecho de acción para iniciar una reclamación en contra del Estado receptor de la inversión. No obstante, el daño siendo inminente no tendrá que haberse sufrido antes de que la controversia pueda someterse a arbitraje, pero deberá haber ocurrido para que el tribunal arbitral tome la decisión que corresponda, excepto en los casos previstos en el Artículo 19, párrafo 1, incisos a) y d).

**Bekanntmachung
des deutsch-mauretanischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 13. Juni 2000

Das in Nouakchott/Mauretanien am 10. Dezember 1998 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Islamischen Republik Mauretanien über Finanzielle Zusammenarbeit (1998) ist nach seinem Artikel 6

am 10. Dezember 1998

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 13. Juni 2000

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Bohnet

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Islamischen Republik Mauretanien
über Finanzielle Zusammenarbeit (1998)**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und

die Regierung der Islamischen Republik Mauretanien –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Islamischen Republik Mauretanien,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Islamischen Republik Mauretanien beizutragen,

unter Bezugnahme auf die in der Zeit vom 1. bis 3. Juli 1998 in Bonn geführten deutsch-mauretanischen Regierungsverhandlungen und auf das Verhandlungsprotokoll vom 3. Juli 1998 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Islamischen Republik Mauretanien und/oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, Finanzierungsbeiträge in Höhe von insgesamt 15 000 000,- DM (in Worten: fünfzehn Millionen Deutsche Mark) zu erhalten

1. für die Vorhaben

a) Aufbau des Agrarkreditwesens (UNCACEM) bis zu 4 000 000,- DM (in Worten: vier Millionen Deutsche Mark),

- b) Gesundheit und Bevölkerung Hodh el Gharbi bis zu 3 000 000,- DM (in Worten: drei Millionen Deutsche Mark),
- c) Rehabilitation von Kleinstaudämmen in der Region Hodh el Gharbi bis zu 5 000 000,- DM (in Worten: fünf Millionen Deutsche Mark),
- d) Kommunalentwicklung und Dezentralisierung bis zu 2 500 000,- DM (in Worten: zwei Millionen fünfhunderttausend Deutsche Mark),
- wenn nach Prüfung deren Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist;
2. für die Einrichtung eines Studien- und Fachkräftefonds bis zu 500 000,- DM (in Worten: fünfhunderttausend Deutsche Mark).

(2) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Islamischen Republik Mauretanien durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Islamischen Republik Mauretanien zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, (weitere) Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der in Absatz 1 Nummer 1 genannten Vorhaben oder für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vorhaben von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und den Empfängern der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen. Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 Nummer 1 bis 2 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von acht Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Finanzierungsverträge abgeschlossen wurden. Für diese Beträge endet diese Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2006.

(2) Die Regierung der Islamischen Republik Mauretanien, soweit sie nicht selbst Empfänger der Finanzierungsbeiträge ist,

wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Islamischen Republik Mauretanien stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Islamischen Republik Mauretanien erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Islamischen Republik Mauretanien überlässt bei den sich aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die im Abkommen vom 29. Januar 1995 über Finanzielle Zusammenarbeit in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe c für das Vorhaben „Integrierte Regionalentwicklung im Senegaltal“ vorgesehenen Finanzierungsbeiträge in Höhe von 7 000 000,- DM (in Worten: sieben Millionen Deutsche Mark) werden mit einem Teilbetrag von 6 000 000,- DM (in Worten: sechs Millionen Deutsche Mark) reprogrammiert und zusätzlich für das im Abkommen vom 15. Dezember 1996 über Finanzielle Zusammenarbeit in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a genannte Vorhaben „Aufbau der Fischereiüberwachung“ verwendet. Eventuelle weitere Kostensteigerungen werden von der Regierung der Islamischen Republik Mauretanien finanziert.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Nouakchott am 10. Dezember 1998 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Stephan Krier

Für die Regierung der Islamischen Republik Mauretanien
Sid'El Moctar Ould Naji

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Übereinkommens
über Maßnahmen auf Hoher See bei Ölverschmutzungs-Unfällen**

Vom 19. Juni 2000

Das Internationale Übereinkommen vom 29. November 1969 über Maßnahmen auf Hoher See bei Ölverschmutzungs-Unfällen (BGBl. 1975 II S. 137) ist nach seinem Artikel XI Abs. 2 für

Trinidad und Tobago am 4. Juni 2000
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 27. Oktober 1999 (BGBl. II S. 1053).

Berlin, den 19. Juni 2000

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Übereinkommens von 1990
über Vorsorge, Bekämpfung und Zusammenarbeit
auf dem Gebiet der Ölverschmutzung**

Vom 19. Juni 2000

Das Internationale Übereinkommen von 1990 über Vorsorge, Bekämpfung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Ölverschmutzung vom 30. November 1990 (BGBl. 1994 II S. 3798) ist nach seinem Artikel 16 Abs. 3 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Komoren	am	5. April 2000
Korea, Republik	am	9. Februar 2000
Mauretanien	am	22. Februar 2000
Mauritius	am	2. März 2000
Monaco	am	19. Januar 2000
Trinidad und Tobago	am	6. Juni 2000.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 27. Oktober 1999 (BGBl. II S. 1052).

Berlin, den 19. Juni 2000

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
der deutsch-ugandischen Vereinbarung
über die Entsendung eines deutschen Fußballfachverständigen**

Vom 19. Juni 2000

Die in Kampala durch Notenwechsel vom 28. Dezember 1998/24. März 2000 geschlossene Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Uganda über die Entsendung eines deutschen Fußballfachverständigen ist nach ihrer Inkrafttretensklausel

am 24. März 2000

in Kraft getreten; die deutsche einleitende Note wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 19. Juni 2000

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

Der Ständige Vertreter
der Bundesrepublik Deutschland

Kampala, 28. Dezember 1998

Herr Erster Stellvertretender Premierminister,

ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf das Abkommen vom 20. März 1964 über Technische Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Regierungen folgende Vereinbarung über die Entsendung eines deutschen Fußballfachverständigen vorzuschlagen:

1. Leistungen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland:
 - a) Sie entsendet auf ihre Kosten einen Fußballfachverständigen für die Dauer von zwei Jahren, beginnend mit dem Eintreffen des Sachverständigen in Kampala; die Entsendungsdauer verlängert sich stillschweigend um jeweils ein Jahr bis zur maximalen Laufzeit von vier Jahren, sofern diese Vereinbarung nicht von einer der beiden Vertragsparteien unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von drei Monaten schriftlich gekündigt wird.
 - b) Der Sachverständige erhält Erholungs- und Heimaturlaub nach deutschem Recht.
2. Leistung der Regierung der Republik Uganda:
 - a) Sie stellt dem Sachverständigen für seine Aufgaben einen Dienstkraftwagen und dienstliche Geräte (z.B. audiovisuelle Geräte, PC oder Schreibmaschine, Sportgeräte) zur Verfügung und sorgt für die zollfreie Einfuhr des Umzugsgutes sowie der Sportgeräte.
 - b) Sie übernimmt die Kosten für die Unterbringung des Sachverständigen und seiner Familienmitglieder, Dienstreisen des Sachverständigen innerhalb der Republik Uganda und bei Auslandsreisen die Tage- und Übernachtungsgelder vorbehaltlich der vorherigen Zustimmung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zu letzteren Reisen.
 - c) Sie stellt dem Sachverständigen spätestens sechs Monate nach Projektbeginn mindestens zwei unter Beteiligung des Sachverständigen und der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kampala ausgewählte geeignete Partnerfachkräfte zur Seite, die die Arbeit des Sachverständigen nach Ablauf dieser Vereinbarung weiterführen sollen.

- d) Sie trägt die Kosten für mindestens drei Trainings- und drei Ausbildungslehrgänge des Sachverständigen pro Jahr und weist die zuständigen Behörden an, den Sachverständigen bei der Durchführung seiner Aufgaben zu unterstützen. Zu den Lehrgangskosten zählen insbesondere die An- und Abreisekosten der Teilnehmer, ihre Unterkunft und Verpflegung am Lehrgangsort sowie örtliche Transportkosten.
 - e) Sie sorgt dafür, daß Fußballspieler, Trainer, Studenten und Schüler zu Lehrgängen des Sachverständigen vom Unterricht bzw. von ihrem Arbeitgeber freigestellt werden.
 - f) Sie trägt die Flugkosten bei den von ihr angeordneten Auslandsreisen des Sachverständigen.
 - g) Sie stellt dem Sachverständigen ein geeignetes Büro zur Erledigung schriftlicher Arbeiten zur Verfügung.
 - h) Sie ist damit einverstanden, daß der Sachverständige nach Absprache mit den zuständigen Behörden der Republik Uganda für eine Dauer von bis zu sechs Wochen pro Jahr für andere Aufgaben der Sportförderung außerhalb der Republik Uganda eingesetzt wird. Die Laufzeit der Vereinbarung zu Nummer 1 Buchstabe a wird um diese Zeiten verlängert.
3. Der Fußballsachverständige hat die Aufgabe, in Zusammenarbeit mit dem Nationalen Sportkomitee der Republik Uganda in Kampala
- beim Auf- und Ausbau des Fußballsports auf der Regional- und der Verbandsebene unter besonderer Berücksichtigung der Jugendarbeit zu unterstützen,
 - Trainer, Übungsleiter und Schiedsrichter aus- und fortzubilden,
 - Lehrmaterialien zu erarbeiten und vorzubereiten,
 - ein Instrumentarium zur Sichtung und Förderung junger Sportler zu entwickeln,
 - bei Organisations- und Strukturmaßnahmen zu beraten,
 - bei der Planung und Durchführung von Meisterschaften auf allen Ebenen zu helfen,
 - den Nationaltrainer bei der Vorbereitung internationaler Wettkämpfe zu beraten.
4. a) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland beauftragt mit der Durchführung ihrer Leistungen die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, GTZ, Eschborn, oder das Nationale Olympische Komitee für Deutschland, NOK, Frankfurt/Main.
- b) Die Regierung der Republik Uganda, vertreten durch das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, gewährleistet die Durchführung des Vorhabens.
5. Im übrigen gelten die Bestimmungen des eingangs erwähnten Abkommens vom 20. März 1964 über Technische Zusammenarbeit.
6. Diese Vereinbarung wird in deutscher und englischer Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Falls sich die Regierung der Republik Uganda mit den unter den Nummern 1 bis 6 gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Note und Ihre das Einverständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortnote eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Regierungen bilden, die mit dem Datum Ihrer Antwortnote in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Herr Erster Stellvertretender Premierminister, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Beck

Seiner Exzellenz
dem Ersten Stellvertretenden Premierminister und
Minister für Auswärtige Angelegenheiten
der Republik Uganda
Herrn Eriya Kategaya
Kampala

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens von 1972
über die Internationalen Regeln zur Verhütung von Zusammenstößen auf See
Vom 19. Juni 2000

Das Übereinkommen vom 20. Oktober 1972 über die Internationalen Regeln zur Verhütung von Zusammenstößen auf See (BGBl. 1976 II S. 1017; 1983 II S. 303; 1989 II S. 541; 1991 II S. 627) ist nach seinem Artikel IV Abs. 3 für

Nicaragua am 2. Dezember 1999
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 18. November 1999 (BGBl. 2000 II S. 20).

Berlin, den 19. Juni 2000

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

Bekanntmachung
der deutsch-amerikanischen Vereinbarung
über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen
an das Unternehmen „Science Applications International Corporation (SAIC)“
(Nr. DOCPER 06)

Vom 19. Juni 2000

Nach Artikel 72 Abs. 4 des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 in der durch das Abkommen vom 21. Oktober 1971, die Vereinbarung vom 18. Mai 1981 und das Abkommen vom 18. März 1993 geänderten Fassung zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (BGBl. 1961 II S. 1183; 1973 II S. 1021; 1982 II S. 530; 1994 II S. 2594) ist in Berlin durch Notenwechsel vom 12. Mai 2000 eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „Science Applications International Corporation (SAIC)“ (Nr. DOCPER 06) geschlossen worden. Die Vereinbarung ist nach ihrer Inkrafttrittsklausel

am 12. Mai 2000

in Kraft getreten; die deutsche Antwortnote wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 19. Juni 2000

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

Auswärtiges Amt

Berlin, den 12. Mai 2000

Verbalnote

Das Auswärtige Amt beehrt sich, den Eingang der Verbalnote der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika Nr. 578 vom 12. Mai 2000 zu bestätigen, die wie folgt lautet:

„Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika erlaubt sich, dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland ihre Hochachtung auszusprechen und hat die Ehre, unter Bezug auf den Notenwechsel vom 27. März 1998 betreffend die Tätigkeit von mit Truppenbetreuung beauftragten Unternehmen Folgendes mitzuteilen:

Um die Mitglieder der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, die Mitglieder ihres zivilen Gefolges sowie die Angehörigen beider im Sinne des NATO-Truppenstatuts mit Dienstleistungen auf den Gebieten des Sozial- und Gesundheitswesens und der Laufbahnberatung versorgen zu können, hat die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Unternehmen „Science Applications International Corporation (SAIC)“ im Rahmen des Generalvertrages Nummer GS-23F-8006H einen Vertrag über die Erbringung von Dienstleistungen zur Truppenbetreuung auf Basis der beigefügten Arbeitsbeschreibung (Statement of Work) DOCPER 06 (Educational and Developmental Intervention Services (EDIS)) für die Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika abgeschlossen. Dieser Vertrag betrifft Arbeitnehmerpositionen der Luftstreitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika (US-Air-Force).

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika würde es begrüßen, wenn das Unternehmen „Science Applications International Corporation (SAIC)“ zur Erleichterung seiner Tätigkeit Befreiungen und Vergünstigungen gemäß Artikel 72 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut erhalten könnte und schlägt deshalb der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vor, eine Vereinbarung nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut zu schließen, die folgenden Wortlaut haben soll:

1. Das Unternehmen „Science Applications International Corporation (SAIC)“ wird im Rahmen seines Vertrages zur Truppenbetreuung für die Mitglieder der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, die Mitglieder ihres zivilen Gefolges sowie die Angehörigen beider im Sinne des NATO-Truppenstatuts ausschließlich folgende Dienstleistungen erbringen:

Dienstleistungen im Bereich der Früherkennung und der medizinischen Versorgung für retardierte oder behinderte Säuglinge, Kleinkinder sowie Kinder und Jugendliche bis zum 21. Lebensjahr.

Dieser Vertrag umfasst folgende Berufe: Kinderpsychologen, Ärzte, examinierte Krankenschwestern, Spezialausbilder und Projektmanager im Bereich der Früherkennung, Sozialarbeiter in der Familienbetreuung, Sozialarbeiter, Beschäftigungstherapeuten, Physiotherapeuten und Logopäden.

Unter Bezug auf den Notenwechsel vom 27. März 1998 betreffend die Tätigkeit von mit der Truppenbetreuung beauftragten Unternehmen und nach Maßgabe der darin vereinbarten Rahmenbedingungen, insbesondere auch der Nummer 3 des Notenwechsels, werden diesem Unternehmen die Befreiungen und Vergünstigungen gemäß Artikel 72 Absatz 1 Buchstabe b des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut gewährt.

2. Das Unternehmen „Science Applications International Corporation (SAIC)“ wird in der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich für die Mitglieder der in Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, die Mitglieder ihres zivilen Gefolges und die Angehörigen beider tätig. Artikel 72 Absatz 3 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut findet keine Anwendung.
3. Nach Maßgabe der in Nummer 5 des Notenwechsels vom 27. März 1998 vereinbarten Bestimmungen, insbesondere auch der Einschränkungen des Artikels 72 Absatz 5 Buchstabe b des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, werden Arbeitnehmern des oben genannten Unternehmens, deren Berufe oben unter Nummer 1 aufgeführt sind, wenn sie ausschließlich für dieses Unternehmen tätig sind, die gleichen Befreiungen und Vergünstigungen gewährt wie Mitgliedern des zivilen Gefolges der Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, es sei denn, dass die Vereinigten Staaten von Amerika sie ihnen beschränken.
4. Für das Verfahren zur Gewährung dieser Befreiungen und Vergünstigungen gelten die Bestimmungen des Notenwechsels vom 27. März 1998.
5. Diese Vereinbarung wird in englischer und deutscher Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.
6. Diese Vereinbarung tritt außer Kraft, wenn der Generalvertrag Nummer GS-23F-8006H oder der Vertrag über die Erbringung von Dienstleistungen zur Truppenbetreuung auf Basis der Arbeitsbeschreibung (Statement of Work) DOCPER 06 zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und dem Unternehmen „Science Applications International Corporation (SAIC)“ über die Erbringung der unter Nummer 1 genannten Dienstleistungen endet. Sie tritt außerdem außer Kraft, wenn die Aufforderung

zur Erbringung von vertraglichen Leistungen (Delivery/Task Order) nicht spätestens zwei Wochen nach Ende der Gültigkeit der Leistungsaufforderung dem Auswärtigen Amt vorgelegt wird. Die erste „Delivery/Task Order“ mit einer Laufzeit vom 10. Juni 2000 bis zum 30. September 2000 ist dieser Vereinbarung als Kopie beigelegt. Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika teilt dem Auswärtigen Amt die Beendigung oder Verlängerung des Vertrages unverzüglich mit.

Falls sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den unter Nummern 1 bis 6 gemachten Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt, werden diese Verbalnote und die das Einverständnis der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck bringende Antwortnote des Auswärtigen Amtes eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland im Sinne des Artikels 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut bilden, die am 12. Mai 2000 in Kraft tritt.

Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika benutzt diesen Anlass, das Auswärtige Amt erneut ihrer ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.“

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika mitzuteilen, dass sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt. Demgemäß bilden die Verbalnote der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika Nr. 578 vom 12. Mai 2000 und diese Antwortnote eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika gemäß Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, die am 12. Mai 2000 in Kraft tritt und deren deutscher und englischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlass, die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An die
Botschaft der
Vereinigten Staaten von Amerika
Berlin

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des Abkommens vom 10. Februar 1998
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Portugiesischen Republik
über die Erstattung von Aufwendungen für Sachleistungen der Krankenversicherung
sowie über das gleichzeitige Inkrafttreten
der Verordnung vom 22. Dezember 1999 zu diesem Abkommen
Vom 21. Juni 2000**

Nach Artikel 2 Abs. 3 der Verordnung vom 22. Dezember 1999 zu dem Abkommen vom 10. Februar 1998 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Portugiesischen Republik über die Erstattung von Aufwendungen für Sachleistungen der Krankenversicherung (BGBl. 2000 II S. 2) wird bekannt gemacht, dass das Abkommen nach seinem Artikel 9 Abs. 1

am 29. Februar 2000

in Kraft getreten ist.

Gleichzeitig wird bekannt gemacht, dass mit Inkrafttreten des Abkommens auch die Verordnung vom 22. Dezember 1999 zu dem Abkommen nach ihrem Artikel 2 Abs. 1 in Kraft getreten ist.

Berlin, den 21. Juni 2000

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
des deutsch-kamerunischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 21. Juni 2000

Das in Jaunde am 25. Mai 2000 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kamerun über Finanzielle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 5

am 25. Mai 2000

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 21. Juni 2000

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Bohnet

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Kamerun
über Finanzielle Zusammenarbeit
(Vorhaben „Brückenrehabilitierung“ und „Soziale Vermarktung zur HIV-Prävention“)**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Kamerun –

im Geist der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kamerun,

im Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Kamerun beizutragen,

unter Bezugnahme auf die Ziffern II.3.A und III.3.A des Protokolls der deutsch-kamerunischen Regierungsverhandlungen vom 6. bis 8. Juli 1999 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Kamerun oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, folgende Beträge zu erhalten:

1. Darlehen bis zu insgesamt 8 500 000,- DM (in Worten: acht Millionen fünfhunderttausend Deutsche Mark) für das Vorhaben „Brückenrehabilitierung“, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieses Vorhabens festgestellt worden ist;

2. Finanzierungsbeiträge bis zu insgesamt 6 500 000,- DM (in Worten: sechs Millionen fünfhunderttausend Deutsche Mark) für das Vorhaben „Soziale Vermarktung zur HIV-Prävention“, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt und bestätigt worden ist, dass es als Vorhaben der sozialen Infrastruktur die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt.

(2) Kann bei dem in Absatz 1 Nummer 2 bezeichneten Vorhaben die dort genannte Bestätigung nicht erfolgen, so ermöglicht es die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Republik Kamerun, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau für dieses Vorhaben bis zur Höhe des vorgesehenen Finanzierungsbeitrags ein Darlehen zu erhalten.

(3) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kamerun durch andere Vorhaben ersetzt werden. Wird das in Absatz 1 Nummer 2 bezeichnete Vorhaben durch ein Vorhaben ersetzt, das als Vorhaben des Umweltschutzes oder der sozialen Infrastruktur oder als Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe oder als Maßnahme, die der Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung von Frauen dient oder als eine selbsthilfeorientierte Maßnahme zur Armutsbekämpfung die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt, so kann ein Finanzierungsbeitrag, anderenfalls ein Darlehen gewährt werden.

(4) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Kamerun zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der in Absatz 1 genannten Vorhaben oder Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vorhaben von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und den Empfängern der Darlehen oder der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge,

die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen. Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von acht Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Darlehens- oder Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für diese Beträge endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2007.

(2) Die Regierung der Republik Kamerun, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmer ist, wird gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen in Deutscher Mark in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Verträge garantieren.

(3) Die Regierung der Republik Kamerun, soweit sie nicht Empfänger des Finanzierungsbeitrags ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund des nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsvertrages entstehen können, gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Kamerun stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in Kamerun erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Kamerun überlässt bei den sich aus der Darlehensgewährung und der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Jaunde am 25. Mai 2000 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
R. Mildebrath

Für die Regierung der Republik Kamerun
M. Okouda

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mbH. – Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mbH., Postfach 13 20, 53003 Bonn
Telefon: (02 28) 3 82 08 - 0, Telefax: (02 28) 3 82 08 - 36.

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 88,00 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 2,80 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1999 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postbankkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 7,40 DM (5,60 DM zuzüglich 1,80 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 8,50 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.mbH. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

**Berichtigung
der Neufassung der Anlagen A und B
des Europäischen Übereinkommens
über die internationale Beförderung
gefährlicher Güter auf der Straße (ADR)**

Vom 30. Mai 2000

Die deutsche Übersetzung der Neufassung der Anlagen A und B des Europäischen Übereinkommens vom 30. September 1957 über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR) vom 12. Oktober 1998 (BGBl. 1998 II S. 2731) wird berichtigt.

In der Anlage B Randnummer 211 650 Satz 2 ist die Angabe „4 Jahre“ durch die Angabe „3 Jahre“ zu ersetzen.

Berlin, den 30. Mai 2000

Bundesministerium für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen
Im Auftrag
Ulrich Schüller